

Mein

NEWSLETTER

aus Gemünden & Berlin

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter für MIL & MSP

Betreuungsabgeordneter für AB & WÜ



JUNI 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



„Viel erreicht und noch viel vor!“ Das war Teil des DGB-Mottos zum 1. Mai. Und ich sage an dieser Stelle: Das stimmt! Das kann der DGB aber nur behaupten, weil die SPD mitregiert. Ohne uns kein Mindestlohn, keine Rente mit 63, keine verbesserte Mütterrente, keine Neuregelung bei der Leiharbeit (**Seite 2**), ...

Das zeigt doch: **WIR** stehen an der Seite der Gewerkschaften. **WIR** sind es, die sich für Gute Arbeit einsetzen - und diese auch durchsetzen. **WIR** sind es, auf die sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlassen können. Der **DGB** weiß das, sagt es aber nicht laut. Also müssen wir das selbst tun.

Lasst uns wieder mehr über das reden, was die SPD alles durchgesetzt hat. Lasst uns nicht am Kompromiss herumäkeln - kein Kompromiss kann die reine SPD-Lehre sein - sondern lasst uns mit durchgedrücktem Kreuz sagen: **WIR** sind der Motor der Regierung. Lasst uns aufrecht durchs Land gehen. Lasst uns dabei den neuen und alten Rechten genauso die Stirn bieten wie den Neoliberalen insbesondere in der CSU, gegen die wir die sozialen Errungenschaften der letzten Jahre immer wieder neu verteidigen müssen.

Ihr und Euer

INHALT

- 2 Klartext: Integrationsgesetz
- 2 Leiharbeit & Werkverträge
- 4 Berlin-Fahrt
- 5 Geld für die Region
- 6 Unterwegs in Unterfranken
- 8 Post aus den USA
- 9 Politische Bahnfahrt
- 10 Beiträge der MdLs

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



MISSBRAUCH BEI LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGEN BEKÄMPFEN

Der Koalitionsausschuss hat Anfang Mai nach monatelanger Blockade durch die CSU endlich den Weg frei gemacht, um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu bekämpfen. Der Gesetzesentwurf von Arbeitsministerin **Andrea Nahles** kann nun mit kleinen Änderungen ins Kabinett und danach ins Parlament eingebracht werden.

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte eine gesetzliche Regelung, die ganz eindeutig die Rechte der Leiharbeitnehmer stärkt.

Wir haben zum ersten Mal überhaupt Regeln, damit Werkverträge nicht missbraucht werden.

Für über eine Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wird es nun endlich klare Regeln für ihren Einsatz in Fremdfirmen geben. Dies ist die Grundlage für gute und sichere Arbeit dieser Beschäftigten.

Gerechtigkeit heißt für uns als SPD gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Viele Menschen haben darauf gewartet, dass Missbrauch und Lohndrückerei bei Leiharbeit und Werkverträgen verhindert werden. Andrea Nahles hat sich dafür mit viel Standhaftigkeit eingesetzt. Auch wenn das Gesetz nicht SPD pur ist, so haben wir doch viel erreicht:

>> Künftig dürfen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nur noch 18 Monate in einem Entleihbetrieb arbeiten. Wird diese Grenze überschritten, muss eine Einstellung der Leiharbeiter erfolgen. Eine längere Ausleihe wird nur dann möglich sein, wenn es entweder eine Tarif- oder eine Betriebsvereinbarung dazu gibt.

>> Zudem wird ab Inkrafttreten des Gesetzes gelten, dass Leiharbeiter nach neun Monaten den Anspruch auf die gleiche Bezahlung wie die

KLARTEXT

Integrationsgesetz kommt

Das Kabinett hat endlich den Entwurf eines Integrationsgesetzes verabschiedet. Damit werden für viele Menschen Integration und Teilhabe erleichtert. Wir haben von Anfang an auf eine schnelle Integration und ein entsprechendes Gesetz gedrungen und uns nun durchgesetzt!

Das Integrationsgesetz ist ein Meilenstein in der Flüchtlingsfrage: Schon lange haben wir darauf hingewiesen, dass Arbeit, Bildung und Sprache der Schlüssel zur Integration sind.

Das Gesetz schreibt den Grundsatz „Fördern und Fordern“ fest. Das ist gut, denn für ein neues Leben in Deutschland braucht es viel eigene Anstrengung und Initiative. Diese fordern wir ein, aber wir schaffen auch die Rahmenbedingungen dafür.

In bis zu 100.000 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten sollen Flüchtlinge erste Erfahrungen mit dem deutschen Arbeitsmarkt sammeln und sich schon während des Asylverfahrens sinnvoll und gemeinnützig einbringen können.

Für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive und für Geduldete wird der Zugang zur Ausbildungsförderung erleichtert. Und wir werden geduldeten Azubis endlich eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung zugestehen. Für eine anschließende Beschäftigung wird ein Aufenthaltserlaubnisrecht für zwei Jahre erteilt.

Das war längst überfällig und hilft nicht nur den Azubis, sondern auch unseren Ausbildungsbetrieben!

Alle meine „Klartexte“ gibt's online unter www.bernd-ruetzel.de
 >> „Politik“ >> „Positionen“

Aus dem PARLAMENT



Stammebelegschaft haben. Hier kann nur abgewichen werden, wenn Branchenzuschlagstarife zwischen den Tarifparteien vereinbart wurden. Diese müssen bereits nach sechs Wochen Zuschläge vorsehen und spätestens nach 15 Monaten muss ein Lohn erreicht werden, der mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers in der Einsatzbranche übereinstimmt.

>> Leiharbeiter dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.

>> Gegen die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen wird durch die Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung und die Abschaffung der so genannten Vorratsverleiherlaubnis vorgegangen. So wird Arbeitgebern, die mit illegalen Werkverträgen arbeitsrechtliche Schutzstandards umgehen wollen, die Möglichkeit genommen, diese später in Leiharbeit umzudeklarieren und nachträglich zu legalisieren. Zukünftig muss in einem solchen Fall dem Beschäftigten ein Arbeitsverhältnis bei dem Entleiher angeboten werden und das vermeintliche Werkunternehmen sowie der Entleiher müssen ein Bußgeld bezahlen. Diese Regelung wird, da sind wir uns sicher, eine abschreckende Wirkung auf schwarze Schafe haben.

>> Zudem werden die Informationsrechte des Betriebsrates gestärkt und gesetzlich festgeschrieben. Das ist mir als Gewerkschafter ein besonderes Anliegen gewesen.

Ich bin froh, dass die Einigung in der Koalition geklappt hat. Es ist ein großer Fortschritt, dass Leiharbeiter mit dem Gesetzentwurf verbrieft Rechte bekommen, die sie einklagen können.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sollen verhindern, dass Stamarbeitsplätze weiterhin durch den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen gefährdet werden.



Wir erteilen einer erneuten Marktzulassung des möglicherweise krebserregenden Herbizids **Glyphosat** eine klare Absage: Solange wir nicht zweifelsfrei wissen, ob Glyphosat für die Gesundheit unbedenklich ist, sollten wir diese Chemikalie auch nicht zulassen!

FLEXIBLE ÜBERGÄNGEN IN RENTE

Flexible Übergänge in die Rente sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Statt Rente mit 70, wie von Teilen der CDU/CSU gefordert, setzen wir auf flexible Übergänge in die Rente. Das ist ein Meilenstein, um vor und nach der Regelaltersgrenze flexible Übergänge altersgerechter zu machen.

Dazu gehört, dass es deutlich einfacher werden wird, Abschlüsse mit eigener Vorsorge zu verhindern. Außerdem unterstützen wir Menschen dabei, länger gesund arbeiten zu können. Wir stärken die vorsorgende Sozialpolitik u. a. mit einem freiwilligen vorsorgenden Gesundheits-Check. Und: Teilrenten werden transparenter, flexibler und damit attraktiver.

Außerdem wird die Gerechtigkeitslücke bei der Zwangsverrentung bei SGB II-Beziehern entschärft. Bei drohender Altersarmut aufgrund von Abschlüssen werden diese künftig nicht mehr vorzeitig in Rente geschickt. Diese Punkte sind für uns als SPD-Bundestagfraktion zentral.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



EXKLUSIVER BLICK HINTER DIE KULISSEN DER HAUPTSTADT



„Berlin ist immer eine Reise wert. Wenn man dann noch von seinem heimischen Bundestagsabgeordneten eingeladen wird und einen exklusiven Blick hinter die Kulissen werfen kann, ist das etwas ganz Besonderes“, waren sich die 50 politisch interessierten Bürger einig, die ich Anfang Mai an die Spree eingeladen hatte.

So erwartete die interessierten Teilnehmer aus meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg und meinen Betreuungswahlkreisen Würzburg und Aschaffenburg ein straffes Informationsprogramm, als sie am frühen Sonntagmorgen in den Zug gen Berlin einstiegen.

In der Hauptstadt angekommen, ging es direkt aus dem Zug in den Bus, um bei einer Stadtrundfahrt einen ersten Eindruck von der Vielzahl an historischen und politischen Stätten in Berlin zu gewinnen. Am nächsten Tag stand frühmorgens eine Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen Zentralen Untersuchungsanstalt der Stasi, auf dem Programm, bevor es dann zum Herzstück der deutschen Demokratie ging: dem Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude.

Nach einigen allgemeinen Informationen über das deutsche Parlament empfing ich meine Gäste, um meine Arbeit vorzustellen. Dabei erklärte ich auf Nachfrage unter anderem, weshalb in den Medien häufig nur spärlich besetzte Reihen im Parlament zu sehen sind: Alle Debatten in ihrer Fülle zu verfolgen ist kaum möglich, denn an den Sitzungstagen werden grundsätzlich von 9 bis 23 Uhr, oft aber auch länger, die unterschiedlichsten Themen besprochen.

Deshalb machen das dann die jeweiligen Fachpolitiker für ihren Tagungsordnungspunkt, während die anderen Abgeordneten parallel an anderen Sitzungen teilnehmen, Projekte und Initiativen in ihren Fachgebieten vorbereiten oder sich mit Behörden, Experten oder Besuchergruppen treffen.

Die lebhafteste Diskussion machte mir Spaß. Ich freue mich sehr über das große Interesse an meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg. Mir ist es sehr wichtig, dass für die Menschen transparent und nachvollziehbar ist, wie Politik in Berlin gemacht wird.

Im Anschluss an unsere Diskussion erwartete die Teilnehmer mit dem Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes ein weiteres Highlight.

Weitere Stationen der politischen Bildungsfahrt waren die Gedenkstätte Potsdamer Abkommen im Schloss Cecilienhof, der Bundesrat und die Ausstellung „The Story Of Berlin“.

Und so machte sich die unterfränkische Besuchergruppe nach rund vier Tagen Berlin mit vielen intensiven Eindrücken wieder auf den Heimweg.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



DIE RIENECKER 55ER IN BERLIN



Bereits Ende April besuchte mich die Schulklasse des Jahrgangs 1955 aus Rieneck in Berlin. Der Reichstag wurde von den Fundamenten bis zur Kuppel besichtigt, es gab einen Vortrag auf der Besucherebene und dann natürlich noch ein Feierabendbier am sehr späten Abend. Ich habe mich über den Besuch sehr gefreut!

MITTELSCHULE MARKTHEIDENFELD IN BERLIN



Mitte Mai traf ich Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Marktheidenfeld in Berlin und diskutierte mit ihnen über die aktuelle Politik. Als ehemaliger Hauptschüler ist es mir wichtig, auch und gerade Mittelschülern Einblicke in den politischen Alltag in Berlin zu geben.

GELD FÜR DIE REGION

Auch im laufenden Jahr fließen Städtebaumittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in die Region. Hier einige Beispiele für MSP/MIL:

Marktheidenfeld wird für Städtebauliche Maßnahmen in der Altstadt mit 1.320.000 Euro von Bund und Land unterstützt, **Arnstein** erhält für den Altort **Binsfeld** Fördermittel in Höhe von 30.000 Euro und **Elsenfeld** für Maßnahmen in der Werksiedlung „Am Bahnbogen“ 48.000 Euro.

Nach Unterfranken gehen 2016 insgesamt 4.098.000 Euro Städtebauförderungsmittel aus dem Programm „Soziale Stadt“.

Die „Soziale Stadt“ gibt es seit 1999. Mit diesem Programm werden Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens unterstützt. So wird für mehr Generationengerechtigkeit und Familienfreundlichkeit im Quartier gesorgt.

Ziel des Programms ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Die SPD hat sich in den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt, dass das Programm „Soziale Stadt“ nach Jahren der Kürzungen von 40 auf 150 Millionen Euro fast vervierfacht wurde.

Davon profitieren nun auch Projekte in ganz Unterfranken!

Das Programm hat aktuell und angesichts der Zuwanderung besondere Bedeutung – für Flüchtlinge und für diejenigen, die schon lange auf die Aufwertung ihres Wohnumfelds und Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts warten.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



BEI WAREMA IN MARKTHEIDENFELD



Anfang Mai war ich mit der SPD-Kreistagsfraktion Main-Spessart zu Besuch bei WAREMA in Marktheidenfeld. Der „SonnenLichtManager“ entwickelt, produziert und vertreibt individuelle, technische Sonnenschutzlösungen. Das Familienunternehmen ist mit 2.500 Beschäftigten ein wichtiger Arbeitgeber in der Region.

Ich informierte mich in einem intensiven Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Bernd Ruppert über die Mitbestimmung und Tarifbindung des Unternehmens. Diese Fragen liegen mir sehr am Herzen: Beides sind große Errungenschaften der deutschen Sozialpartnerschaft. Am Ende unseres Besuches hielt unser Fraktionsvorsitzende Franz Wolf mit Verweis auf die besondere Familienfreundlichkeit des Betriebs fest: „WAREMA ist ein positives Beispiel für ein Unternehmen, das sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt und somit den Menschen in der Region sichere Arbeitsplätze garantiert.“

**Tagesaktuelle Infos auch OHNE Anmeldung
und OHNE Passwort unter
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB**

IN OBERNBURG: MEHR EU WAGEN



EU-Projekttag an der Main-Limes-Realschule in Obernburg am Main: Mit den Schülerinnen und Schülern diskutierte ich über die europäische Idee. Mir ist es besonders wichtig, mit Jugendlichen über die Bedeutung unserer Gemeinschaft zu sprechen sowie über Möglichkeiten und Chancen für junge Menschen in Europa zu informieren.

70 JAHRE SPD LENGFURT



Auf der Jubiläumsfeier des Ortsvereins Lengfurt durfte ich nicht nur ein Grußwort sprechen, sondern auch Mitglieder ehren: Inge Behl für 25 Jahre, Gerhard und Albrecht Kaufmann und Edgar Kuhn für 40 Jahre und Elsbeth Brandstädter (Foto) für 60 Jahre Mitgliedschaft. Schön war's bei Euch!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



MAIFEIER SCHONUNGEN

Einer der aktivsten und erfolgreichsten Ortsvereine Unterfrankens lud mich am Tag vor dem 1. Mai zur Maifeier ein. Bürgermeister Stefan Rottmann macht eine prima Arbeit hier vor Ort und der Ortsverein unter der Führung von Markus Hümpfer ebenso. Der Marktplatz war voll, der Maibaum wurde gleich nach meiner Rede aufgestellt. Tolles Fest, Glückwunsch in den Landkreis Schweinfurt!



1. MAI IN WÜRZBURG



Der DGB rief, und viele Hundert kamen. Ich war mittendrin, reihte mich bei der SPD ein, auch mal bei den KollegInnen von der EVG und besuchte u.a. auch den Stand der GEW mit vielen engagierten GenossInnen der WürzburgSPD.

WALDFEST DER SPD ZELLINGEN



Am sogenannten „Geschworenentisch“ war es wieder richtig schön. Eine schöne Tradition hat der Ortsverein Zellingen hier begründet - und der Zuspruch gibt Ihnen Recht.

FEIERN IN ARNSTEIN



Bei strahlendem Sonnenschein und bester Laune wurde das 51. Arnsteiner Heimat- und Bürgerfest am 5. Mai eröffnet! Übrigens: Das Fest wurde damals von der SPD ins Leben gerufen.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August für ein Jahr in Boston lebt. Hier ihr aktueller Bericht:



After 10 months of my exchange, my American every-day life already seems normal to me. One year ago I thought that New England was a part of the U.S. that is really similar to Europe, but I realized that this is totally not true. Not only is my school and every-day life is different, but also the mannerisms of people there. Americans take sports in school very seriously, and I had the chance to play a different sport for each of the three seasons. Instead of Nutella, people here eat Peanut butter. Instead of taking the public transportation system, you drive everywhere with your car. Also, Americans are very nationalistic. Every school day begins with the pledge of allegiance; flags are in every

classroom, and before every sports competition we sing the national anthem. Americans are also very friendly and really good at small talk. Although it means just a short conversation, that can easily become an exchange of your life-story. Americans are always offering to help. A lot of people here regularly volunteer, for example going to the homeless shelter or helping people with special needs. By this time I have adjusted very well, and I am sad to leave my American way of life. Especially, I am thankful for experiencing the daily life in an American family so intensely, because the best way to experience differences in cultures is to live through them.

Da ich jetzt schon im 10. Monat meines Auslandsjahres bin, kommt mir mein amerikanischer Alltag mittlerweile ganz normal vor. Vor einem Jahr habe ich noch gedacht, „New England“ ist ein Teil der USA, der eigentlich Europa sehr ähnelt. Aber dass das nicht so ist, hat sich schon gleich zu Beginn meines Aufenthalts herausgestellt. Nicht nur meine Schule und der neue Alltag waren für mich komplett anders, sondern auch die Art und Weise der Menschen dort. In der Schule wird sehr viel Wert auf Sport gelegt. Ich hatte für alle drei Saisons die Chance eine Sportart zu belegen. Anstelle von Nutella wird hier Erdnussbutter gegessen und anstatt sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fortzubewegen, fährt man hier überall mit dem Auto hin. Auch sind die Amerikaner sehr nationalstolz. Jeder Schultag beginnt am Morgen mit dem Aufsagen der Pledge of Allegiance (Treuegelöbnis zur Flagge der USA, die in jedem Klassenzimmer hängt), überall hängen Flaggen und vor jedem Sport-Wettkampf wird die Nationalhymne gesungen. Die Menschen hier in den USA sind immer sehr freundlich und höflich; im „Smalltalk“ sind sie die Meister. Übersetzt heißt das zwar „kurzes Gespräch“, jedoch kann dabei auch schon mal ein Austausch der halben Lebensgeschichte stattfinden. Amerikaner sind

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



auch sehr hilfsbereit. Viele hier leisten regelmäßig freiwillige Arbeit. Mittlerweile habe ich mich schon so gut hier eingelebt, dass ich schon etwas traurig bin, dass ich bald meine amerikanische Lebensweise zurücklassen muss. Aber vor allem bin ich auch sehr dankbar, dass ich ein Jahr lang, das Leben und den Alltag in einer amerikanischen Familie so intensiv erleben konnte, denn der interessanteste Weg Unterschiede in verschiedenen Kulturen kennenzulernen ist, sie selbst zu erleben.

Interesse am PPP?

Bewerbungsunterlagen können von Mitte Mai bis zum September 2016 unter www.usapp.de angefordert werden. Dort findet man auch Informationen zum Berufstätigen-PPP.

POLITISCHE BAHNFAHRT MIT DER MAINSCHLEIFENBAHN



Wenn der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages ein Verkehrsprojekt besucht, dann sorgt das vor Ort für ordentliche Bewegung. Als SPD-Bezirksvorsitzender lud ich Martin Burkert ein, mit dem Bezirksvorstand am Muttertag von Seligenstadt bis Volkach mit der Mainschleifenbahn zu fahren.

Der Förderverein Mainschleifenbahn erhofft sich von der Politik Unterstützung für eine Reaktivierung des Schienen-Personennahverkehrs auf ihrer Strecke.

Auch Martin Burkert ist wie ich ein „alter Bahner“, wir beide wissen um die Arbeit, die der Förderverein leistet. Hut ab! Was hier gleistet wird, ist von unschätzbarem Wert! Der Förderverein und die Betreibergesellschaft müssen die Kosten von 100.000 Euro pro Jahr selbst aufbringen, bekommen keine Zuschüsse. Und sorgen mit diesen Mitteln dafür, dass eine wunderschöne Strecke von 10 Kilometern instand gehalten wird.



46 Betriebstage plus circa 30 Sonderfahrten im Jahr – so die bisherige Bilanz der Mainschleifenbahn. Die wunderschöne Fahrtstrecke und die sehr schön hergerichteten historischen Wagen sollte man noch stärker für den Tourismus nutzen. Dass sich bislang von Seiten der Landesregierung niemand zuständig fühlt für dieses touristische Kleinod, ist schade und muss geändert werden. Es kann nicht sein, dass tausende ehrenamtliche Stunden geleistet werden, dass eine Schienenstrecke nachhaltig ertüchtigt und gepflegt wird und dass der Verein hierfür gar keine Unterstützung erhält. Wir bleiben dran!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher
in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter für
Main-Spessart

Ganztagesklassen sind in Unterfranken eine Seltenheit: Nur 4,1 Prozent der Schüler in MSP besuchen eine gebundene Ganztagesklasse

Echte Ganztagesangebote sind in Unterfranken noch immer eine Rarität. Die Zahlen aus einer von mir gestellten Großen Anfrage an den Landtag zeigen etwa für den Landkreis Main-Spessart ein ernüchterndes Ergebnis: So haben im Herbst 2015 von insgesamt 1196 Grundschulern, die ein Ganztagesangebot wahrnehmen, gerade einmal 128 eine gebundene Ganztageschulklasse besucht. Weder für die Realschule noch für das Gymnasium bestehen gebundene Ganztagesangebote.

Auf die Gesamtschülerzahl übertragen liegt Main-Spessart mit 4,1 Prozent ein gutes Stück unter dem Wert von knapp 6 Prozent der Schüler, die laut der Bertelsmann-Bildungsstudie in Bayern einen gebundenen Ganztagesunterricht mit entsprechenden Förderangeboten erhalten. Bundesweit sind es sogar 14,4 Prozent. Ein flächendeckendes und wohnortnahes Angebot sieht anders aus! Dabei sind sich Bildungsexperten einig, dass gerade gebundene Ganztageschulen besonders geeignet sind, für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen.

Auch hält das Angebot vielfach nicht das, was es verspricht. So ist derzeit zwar gesetzlich eine Betreuung von 8 bis 16 Uhr sichergestellt. Aller-

dings nur an vier Tagen. Besonders an den Freitagen ist damit eine Ganztagesbetreuung oft nicht gesichert und die Schule endet schon mittags. Wie berufstätige Eltern damit umgehen sollen, bleibt das Geheimnis des Kultusministeriums. Psychologen oder Sozialpädagogen kommen nur vereinzelt zum Einsatz und sind keineswegs verpflichtend vorgesehen.

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de

Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

SPD-Landtagsfraktion setzt sich für mehr Mittel für Frauenhäuser ein – Auch Frauenhaus in Aschaffenburg am Limit

Liebe Leserinnen und Leser,

eine jetzt vom bayerischen Sozialministerium veröffentlichte Studie bestätigt die Kritik und die Einschätzung der SPD-Fraktion, was die Ausstattung der Frauenhäuser angeht. Demnach reichen die finanziellen Mittel, die der Freistaat zur Verfügung stellt, bei weitem nicht aus. Eine Aufstockung der Kapazitäten um 35 Prozent dringend erforderlich. Die Studie bestätigt außerdem die SPD-Forderung nach der Schaffung von zentralem und bezahlbarem Wohnraum, damit die Frauen nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus unabhängig leben können. Eine Anfrage bei der Staatsregierung hat unter anderem ergeben, dass das Frauenhaus in Aschaffenburg im Jahr 2013 mit nur 32.400 Euro an staatlicher Unterstützung (Beteiligung an Personalkosten)

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Martina Fehlner und ihre Landtagskolleginnen Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller informieren sich im Frauenhaus der AWO in Aschaffenburg über die Lage vor Ort.

>> die Erhöhung des Personals der Frauenhäuser, um auch Aufgaben erfüllen zu können, die zurzeit nicht abgedeckt sind, z.B. im Bereich der Verwaltung und Leitung, Hauswirtschaft und für die wichtige Arbeit mit Kindern

>> die Erhöhung der Regelaufenthaltsdauer im Frauenhaus von 6 Wochen auf 3 Monate

>> die Schaffung von barrierefreien Angeboten für Frauen, die zurzeit noch wenig erreicht werden, wie geflüchtete Frauen, Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen mit Behinderungen

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de

auskommen musste – und das für 46 Frauen und 45 Kinder allein im Jahr 2012. Was wir schon lange wussten, hat sich durch die Studie jetzt also bestätigt. Frauen, die Opfer von Gewalt sind, müssen die Hilfe bekommen, die sie brauchen – auch bei uns in Aschaffenburg. Die Personaldecke reicht hier zwar beispielsweise für die eigentlichen Aufgaben aus, das Tätigkeitsspektrum der Mitarbeiter, von der psychologischen Betreuung über die Schuldnerberatung bis zur Unterstützung bei der Wohnungssuche, wird allerdings immer vielfältiger! Dazu kommt, dass im vergangenen Jahr rund 115 Frauen abgewiesen worden sind, weil die vorhandenen Plätze in der Aschaffener Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt alle belegt waren. Insbesondere die Herausforderungen, die die Versorgung von Migrantinnen sowie Frauen und Mädchen mit Behinderungen mit sich bringen, müssen mehr Beachtung finden.

Wir fordern im Einzelnen:

>> den Ausbau der Frauenhausplätze schrittweise um 35 Prozent

>> den Ausbau von Übergangswohnungen und Wohnprojekten für Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt

Volkmar Halbleib



Haushaltspolitischer Sprecher
und Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter
für Stadt und Landkreis Kitzingen

3,5 Milliarden für die Kommunen

Die große Koalition hat 2015 auf Initiative der SPD ein Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden Euro zur Förderung finanzschwacher Gemeinden aufgelegt. Auf Bayern entfällt ein Anteil von 289 Mio. Euro für die Jahre 2015 bis 2018. Mit den Mitteln werden kommunale Gebäude energetisch saniert. Außerdem sollen öffentliche Gebäude mit diesen Geldern barriere-

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



frei gemacht werden. Der Zuschuss kann bis zu 90 Prozent der förderfähigen Ausgaben betragen. Wie wichtig diese Mittel für die Kommunen sind, zeigt die aktuell veröffentlichte Liste der ausgewählten Projekte. In Unterfranken waren 180 Kommunen auf Grund ihrer Haushaltsdaten antragsberechtigt. 130 kommunale Antragsteller hatten 249 Bewerbungen mit einem Antragsvolumen von 162,4 Mio. Euro vorgelegt, berücksichtigt wurden 118 Projekte mit einem Fördervolumen von 56,4 Mio. Euro. Das unterfränkische Kontingent war damit gleich dreimal überzeichnet. So erfreulich dieses Förderprogramm ist, es macht auch deutlich, dass die Kommunen viel mehr Mittel benötigen, um handlungsfähig zu sein. Die SPD-Landtagsfraktion hält deshalb

eine stärkere Förderung der kommunalen Investitionen in Bayern für geboten, da sich in vielen Kommunen Investitionen aufgestaut haben. Deshalb fordern wir, dass der Freistaat die von den Steuerchätzern in Aussicht gestellten Steuermehreinnahmen Bayerns komplett den Kommunen zur Verfügung stellt. Die CSU-Staatsregierung muss endlich ernst machen mit einer stärkeren Unterstützung der kommunalen Ebene.

Ihr Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de

AM 12. MAI WAR INTERNATIONALER TAG DER PFLEGE

Danke sollten wir aber jeden Tag sagen ...

